**Presse-Information**

**Datum:** 15. November 2016

Einbruchschutz: Alle im Obligo / Maßnahmenvielfalt nötig / Steigende Wohnungseinbrüche als europäisches Problem / Schwierige Ermittlungsarbeit / Wichtige Sicherheitstechnik fehlt oft / Experte begrüßt staatliche Förderung / Starker Handlungsdruck im Neubau / Finanzanreize erweitern oder Mindeststandards vorschreiben / Sensibilisieren und informieren

**Nachrüstung gut – Vorbeugung besser**

***Berlin/Leinfelden-Echterdingen – (rp)*** Um Wohnungseinbrüche erfolgreich zu bekämpfen, ist nicht nur die Polizei, sondern eine große Zahl gesellschaftlicher Kräfte gefordert. Dazu gehören Politik, Staat, Wirtschaft und natürlich die Haus- und Wohnungseigentümer selbst. Diese Auffassung vertrat Reinhold Hepp von der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) während des 11. Internationalen Roto-Fachpressetages. Der Leitende Kriminaldirektor machte Mitte November 2016 in Berlin außerdem deutlich, dass nur ein breit gefächertes Engagement zum Ziel führt. Es erstrecke sich von finanziellen Anreizen für Investoren bis zu einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit, die die Bevölkerung sensibilisiere und fundiert informiere.

Die seit Jahren steigende Tendenz bei Wohnungseinbrüchen sei im Grunde ein europaweites Problem. Im Gegensatz dazu gehe die registrierte Kriminalität etwa bei Raub- und Gewaltdelikten bzw. Kraftfahrzeugdiebstählen in den 28 EU-Mitgliedsländern insgesamt zurück. Ganz anders die Situation bei Wohnungseinbrüchen: Für 2012 wiesen die offiziellen Statistiken ein Plus von 14 % gegenüber 2007 aus. Das korrespondiere im Übrigen mit der Erkenntnis einer grenz- und deliktübergreifenden Bandenkriminalität, die u. a. für eine wachsende Professionalisierung von und bei Einbrechern sorge.

Beim Phänomen des Wohnungseinbruchs gestaltet sich die Ermittlungsarbeit der Polizei aufgrund der teilweise sehr dürftigen Spurenlage laut Hepp schwierig. Dies spiegele sich auch in der Aufklärungsquote von bundesweit rund 15 % wider. Insofern seien die Einflussmöglichkeiten der Repression und Strafverfolgung begrenzt.

Umso wichtiger sei eine konsequente Präventionsberatung und   
-förderung. Schon heute bleibe es in etwa 42 % der Fälle beim erfolglosen Einbruchsversuch. Dazu trage geeignete Sicherheitstechnik in Wohnungen erheblich bei. Befragungen des Kriminologischen Forschungsinstitutes (KFN) hätten jedoch ergeben, dass darüber nur jeder vierte Haushalt verfüge. Daher gelte es für alle Beteiligten bzw. Verantwortlichen, sich intensiv um den Abbau dieses Defizits zu kümmern.

**„Sicherheit nicht zu Tode sparen“**

Initiativen im Bestands- und Neubau sind gleichermaßen nötig, betonte Hepp. Positiv bewertete er die bisherigen staatlichen Finanzanreize etwa im Rahmen der KfW-Förderung. Die speziell bei der Zuschussvariante hohe Nachfrage bestätige die Akzeptanz des Programms, das die sicherheitstechnische Nachrüstung entweder als Einzelmaßnahme oder in Kombination mit altersgerechten Umbauten bzw. energieeffizienten Sanierungen unterstütze. Um eine größere Reichweite zu erzielen, sei es sinnvoll, die Mindestanforderungen an die Höhe der Investitionssumme zu reduzieren.

Wirkliche Prävention müsse aber im Neubau beginnen. Schon das angestrebte Volumen von 350.000 bis 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr zeige, dass es mit Blick auf einen vorbeugenden Einbruchschutz „starken Handlungsdruck“ gebe. Das Primat für kostengünstiges Bauen dürfe nicht dazu führen, die „sehr wichtige Sicherheit zu Tode zu sparen“. Den Neubau jetzt unberücksichtigt zu lassen, steigere ferner die Gefahr, dass sich die Nachrüstungs-Förderung zu einem „Fass ohne Boden“ entwickele. Am Ende werde es dann insgesamt teurer.

Hepp sieht für eine adäquate sicherheitstechnische Neubau-Ausstattung zwei strategische Ansätze. Zum einen könne man etwa die KfW-Förderung entsprechend erweitern. Denkbar sei im ersten Schritt, sich auf Mehrfamilienhäuser und besonders gefährdete Zonen wie Gebäude- und Wohnungszugänge sowie Fenster im Erdgeschoss zu konzentrieren. Zweitens wies der Experte auf die Alternative hin, Sicherheits-Mindeststandards angemessen im Bauordnungsrecht zu verankern. In den Niederlanden habe man das mit gutem Erfolg getan: Die Zahl der vollendeten Wohnungseinbrüche sei dadurch deutlich gesunken.

Unabhängig davon gehe es um die stetige Sensibilisierung von Bevölkerung und Fachöffentlichkeit gleichermaßen. Exemplarisch nannte der Referent die firmen- und produktneutrale Kommunikationsinitiative „K-Einbruch“, in der die Polizei mit zahlreichen Partnern aus Wirtschaft, Verbänden, Kommunen und staatlichen Einrichtungen vielfältige Aufklärungsaktivitäten realisiere. Der abschließende Appell an die rund 70 zum Roto-Fachpressetag angereisten Journalisten: „Auch oder gerade die Medien spielen bei der sachlichen Information über effektiven Einbruchschutz eine zentrale Rolle.“

***Bildtext***

Um den negativen Trend bei Wohnungseinbrüchen zu stoppen, ist nicht nur die Polizei, sondern eine große Zahl gesellschaftlicher Kräfte gefordert. Dazu gehören Politik, Staat, Wirtschaft und natürlich die Haus- und Wohnungseigentümer selbst, erklärte Reinhold Hepp von der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) während des 11. Internationalen Roto-Fachpressetages. Der Leitende Kriminaldirektor sprach sich in Berlin u. a. für sicherheitstechnische Mindeststandards in Neubauten aus.

**Foto:** Roto / Polizeipräsidium Stuttgart **Reinhold\_Hepp.jpg**

Abdruck frei - Beleg erbeten

**Herausgeber:** Roto Frank AG • Wilhelm-Frank-Platz 1 • 70771 Leinfelden-Echterdingen • Tel. +49 711 7598 0 • Fax +49 711 7598 253 • info@roto-frank.com

**Redaktion:** Linnigpublic Agentur für Öffentlichkeitsarbeit GmbH • Büro Koblenz • Fritz-von-Unruh-Straße 1 • 56077 Koblenz • Tel. +49 261 303839 0 • Fax +49 261 303839 1 • koblenz@linnigpublic.de; Büro Hamburg • Flottbeker Drift 4 • 22607 Hamburg • Tel. +49 40 82278216 • Fax +49 40 82278217 • hamburg@linnigpublic.de